

7000 Milliarden Schweizer Franken untergraben die Klimagerechtigkeit

Der größte Klimahebel der Schweiz ist ihr Finanzplatz



Nein zu Öl und CO₂: Klimademo 2019 in Bern, Schweiz.

Foto: Rob Lewis

| Sandro Leuenberger

Nicht nur Treibhausgase befeuern das Klima. Die größte Gefahr geht vom Schweizer Geld aus. Die Schweizerische Nationalbank (SNB), Großbanken, Versicherungen und Pensionskassen verwalten zusammen siebentausend Milliarden Schweizer Franken Kapital. Der Finanzplatz kontrolliert über Projektfinanzierungen, Firmenkredite, Aktien, Obligationen und Direktbeteiligungen, wohin das Geld fließt. Die mächtigen Geldverwalter verschaffen der globalen Wirtschaft einfachen Zugang zu noch mehr Kohle, Erdöl und Erdgas.

Es ist wissenschaftlicher Konsens: Mehr als drei Viertel der bekannten Reserven der fossilen Energieträger müssen im Boden bleiben, damit eine katastrophale Erwärmung von über 1,5 Grad Celsius verhindert werden kann. Anhaltende Finanzierungen von Kohlegruben und -kraftwerken, Erdöl- und Erdgasbohrtürmen, Ölsandextraktion und Erdgas-Fracking, Pipelines und Erdgas-Tankerterminals verhindern, dass erneuerbare Energien Fuß fassen können.

Marktgesetze erzwingen die Amortisation der einmal errichteten fossilen Infrastruktur, sie wird also noch jahrzehntelang genutzt werden. Die SNB, die Großbanken UBS und Credit Suisse, aber auch Pensionskassen und Versicherungen wollen Rendite sehen. Gleichzeitig wird zugelassen, dass die fossilen Konzerne massiv gegen die Bestrebungen der Politik und der Zivilgesellschaft lobbyieren, der fossilen Wirtschaft die Gratis-Verschmutzungsrechte zu entziehen. Politische Eingriffe der Länder

zur Treibhausgasreduktion laufen so ins Leere. Das Pariser Klimaabkommen riskiert, seine Ziele zu verfehlen.

| 22 Mal mehr Treibhausgase durch Finanzinstitute

Wer sich für Klimaschutz engagiert, muss auch die klimaschädliche Rolle der Großfinanz und der mit ihnen verbundenen Finanzpolitiker und Lobbygruppen betrachten. Es genügt nicht, nur mit der Regulierung von Emissionen an der Nachfrage nach fossilen Energien anzusetzen. Das Marktangebot an fossilen Energien muss verringert werden, indem die finanziellen Mittel für Investitionen in ihre Förderung und Verarbeitung entzogen werden. Der zivilgesellschaftliche Druck für die Umlenkung der Investitionsströme muss deshalb Teil des Einsatzes für die globale Klimagerechtigkeit sein.

Die Klima-Allianz Schweiz hat auf der Basis von amtlichen Daten berechnet, dass der Finanzplatz weltweite Industrietätigkeiten mit Treibhausgasemissionen in einem Ausmaß finanziert, das 22 Mal größer ist als der gesamte Ausstoß durch die Industrie und die Bewohnerinnen und Bewohner in der Schweiz. Zum Vergleich: Er finanziert so viele Emissionen, wie sie ganz Deutschland direkt ausstößt. Das gibt einen Einblick, welchen Klimahebel der Finanzplatz Schweiz darstellt. Gelenkt durch die SNB, Pensionskassen, Banken und Versicherungen, befeuert dieses Geld eine katastrophale



Foto: Colette Kait

Klimaerhitzung. Selbst die schweizerische Umweltbehörde kommt zum Schluss, dass die Investitionen des Finanzplatzes eine Erwärmung von 4 bis 6 Grad Celsius statt der gerade noch erträglichen 1,5 Grad befördern.

Die Schweizerische Nationalbank, eigentlich die Bank des Volkes, ist dabei ein globales Schwergewicht. Als achtgrößte öffentliche Investorin des Planeten kauft sie seit Jahren US-Dollar, Euros und asiatische Währungen, damit die Schweizer Exportindustrie nicht unter einem zu teuren Schweizer Franken leidet. Diese Fremdwährungsreserven in der

Höhe von umgerechnet rund 900 Milliarden Dollar legt sie als Aktien und Obligationen an, die weltweit über Tausende von Firmen aller Branchen verteilt sind. Sie finanziert somit auch die globale Kohle-, Erdöl- und Erdgasindustrie sowie fossile Stromerzeuger.

Der Schweizer NGO „Artisans de la Transition“ ist es gelungen, die Firmen zu identifizieren, von denen die SNB an der US-Börse in New York Aktionärin und somit Mitbesitzerin ist. Für deren CO₂-Ausstoß sie also im Maße ihres Besitzanteils mitverantwortlich ist. Das Ergebnis: Die Nationalbank hat ein Zehntel ihres US-Aktienportfolios in Unternehmen der fossilen Produzenten und Stromerzeuger investiert. Bereits mit diesem kleineren Teil ihrer gesamten Wertschriften am Weltmarkt verantwortet sie ähnlich viele Treibhausgase, wie die gesamten jährlichen Emissionen der Schweiz ausmachen. Und verantwortet damit die globale Klimaerwärmung mit. Dies, obwohl sie in ihren eigenen Anlagerichtlinien Investitionen in Unternehmen ausschließt, die systematisch gravierende Umweltschäden verursachen und Menschenrechte massiv verletzen. Doch offenbar teilt die SNB die Ansicht nicht, dass sie durch ihre Investitionen das Geschäftsmodell der fossilen Großunternehmen am Leben erhält. Wie sonst ließe sich erklären, dass sie

mit ihrem investierten Geld die Struktur der globalen fossilen Wirtschaft festigt?

Die Klima-Allianz Schweiz beurteilt die globale Klimaerwärmung, verursacht durch die Verbrennung fossiler Energieträger, als systematischen gravierenden Umweltschäden mit schwerwiegenden Menschenrechts-

verletzungen als Folge. Deshalb fordert die Klima-Allianz den sozial- und klimaverträglichen Einsatz der über den Finanzplatz investierten Gelder. Sie fordert von den Entscheidungsträgern und -trägerinnen von Finanzwirtschaft und Politik, dass Mittel in den weltweiten Aus-

bau der erneuerbaren Energien, der Kreislaufwirtschaft und der Ökolandwirtschaft fließen. Die Politik muss für die Finanzakteure Anreize und Rahmenbedingungen schaffen und eine Offenlegungspflicht darüber fordern, in welchem Umfang sie Emissionen finanzieren und welche Wirtschaftsaktivitäten sie unterstützen. Sie müssen verpflichtet werden, zu veröffentlichen, welchen Anteil sie künftig in grüne Unternehmen investieren wollen.

Das würde die Märkte dazu anregen, die Chancen der grünen Klimawende zu erkennen und auch zu nutzen. Umgekehrt kann dies nur gelingen, wenn die Politik durch Regulierung sichert, dass der Finanzmarkt die Geldflüsse umfassend lenkt. Mit Zielvorgaben soll der Betrag für grüne Investitionen schrittweise gesteigert werden. Bis heute verhindern die Regierung und die Mitte-Rechts-Mehrheit im Schweizer Parlament solch verpflichtende Bestimmungen. Sie schieben im Bereich der Umlenkung der Finanzflüsse die Verantwortung der Schweiz zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens auf die lange Bank. | |



Sandro Leuenberger
ist Spezialist Finanzplatz
und Klima bei der Klima-
Allianz Schweiz.

Das CO₂-Gesetz Schweiz

Die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens wird in die Hände der Nationalstaaten gelegt – sie sind es, die den Weg dahin definieren müssen. Das zentrale klimapolitische Instrument der Schweiz dafür ist das CO₂-Gesetz, das zurzeit in Revision ist. Um rechtzeitig den Fahrplan für das kommende Jahrzehnt festzulegen, wie es im Pariser Vertrag vorgesehen ist, hätte diese Revision zu Beginn dieses Jahres abgeschlossen sein müssen. Nun kommt es zu einer Verzögerung, die durch den Lockdown zwar erklärbar, aber nicht vorbildlich ist.

Die Mitglieder der Klima-Allianz sind sich einig, dass die Klimakrise zwingend eine ambitionierte Klimapolitik nötig macht. Dazu braucht es deutliche Verbesserungen, die durch die zweite Revision des Gesetzes verabschiedet werden müssen. Die erste Version des CO₂-Gesetzes stammt aus dem Jahr 2000. Die Geltungsdauer einer ersten Revision im Jahr 2011 endet am 31.12.2021 (nach einer einjährigen Verlängerung). Die zweite Revision des Gesetzes legt fest, wie bis 2030 die schweizerischen Klimaziele umgesetzt werden sollen. Sie hat zum Ziel, die nationalen Emissionen der Schweiz bis dahin um mindestens 37,5 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Nach Schätzungen der Bundesverwaltung ist mit den in diesem Gesetzesentwurf enthaltenen Maßnahmen wie einer Flugticketabgabe, Erhöhung der Abgaben auf Brennstoffen, neuen Verbrauchszielen für Neuwagen oder Einrichtung eines Klimafonds eine Reduktion von mehr als 30 Prozent möglich.

Ein Referendum zu diesem Entwurf, der eine Totalrevision des CO₂-Gesetzes beinhaltet, wird voraussichtlich im Juni 2021 zur Abstimmung kommen. Realpolitisch ist die Totalrevision der zeitlich schnellste Weg. Ihn nicht zu nutzen, wäre schlecht für den Klimaschutz, denn das CO₂-Gesetz bringt konkrete Verbesserungen. Darüber hinaus braucht es aber weitere ambitionierte Schritte. Die Gletscher-Initiative ist ein nächster möglicher Moment für eine Verbesserung der Klimaschutz-Politik. Sie verlangt, bis 2050 die schweizerischen Emissionen auf Netto-Null zu senken. Volksinitiativen führen zwingend zu einer Volksabstimmung, wenn 100.000 Unterschriften gesammelt wurden. Dieser Prozess dürfte aber frühestens in drei bis fünf Jahren konkrete Fortschritte bewirken.

Stefan Salzmann

Foto links: Hinter der glänzenden Fassade der Schweizerischen Nationalbank in Zürich wird Geld in Kohle, Erdöl und Erdgas investiert.